

II- 455 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 27. April 1972

No. 416/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. LEITNER, *Regensburger*
und Genossen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Benachteiligung der bisherigen Präsenzdienner (9 Monate
Präsenzdienst) im Hinblick auf die zu leistenden Inspektionen
bzw. Instruktionen.

Am 30.3.1972 habe ich einen von Betriebsangehörigen eines Industrie-
betriebes unterzeichneten Brief mit folgendem Inhalt erhalten:

"Wir fühlen uns als Staatsbürger benachteiligt! Soweit uns be-
kannt ist, ist es einem Präsenzdienner derzeit durch Ableisten
einer achtmonatigen Dienstzeit möglich, sich Inspektionen bzw.
Instruktionen zu ersparen. Da wir alle neun Monate Präsenzdienst
geleistet haben und trotzdem laufend zu Inspektionen bzw.
Instruktionen einberufen werden, sehen wir darin eine ungleiche
Behandlung gegenüber oben erwähnten Staatsbürgern. Außerdem er-
wachsen uns nach einer Aussage unseres Lohnbüroleiters, auf Grund
der neuesten Bestimmungen, materielle Nachteile."

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist diese ungleiche Behandlung der österreichischen Staatsbürger
das Ergebnis der SPÖ-Bundesheerreform, die am 15. Juli 1971
vom Parlament beschlossen wurde?

-2-

- 2) Wenn ja, werden Sie geeignete Maßnahmen veranlassen, um die aufgezeigte Benachteiligung jener Präsenzdienner, die in der Vergangenheit einen neunmonatigen Präsenzdienst abgeleistet haben gegenüber den nunmehr zu einem sechsmonatigen Präsenzdienst verpflichteten Wehrmänner zu beseitigen?
- 3) Welche Arten von Maßnahmen halten Sie für möglich, um die ungleiche Behandlung der "Altpräsenzdienner" und der "Neupräsenzdienner" auszugleichen, die darin besteht, daß die neun Monate Präsenzdienst geleisteten Soldaten weiterhin zu Inspektionen bzw. Instruktionen einberufen werden?
- 4) Entspricht es den Tatsachen, daß Berufstätigen, die zu Inspektionen bzw. Instruktionen einberufen werden, materielle Nachteile entstehen, die für die alten Präsenzdienner auf Grund neuer Bestimmungen ein bedeutend größeres Ausmaß annehmen als für die Präsenzdienner nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen über das Bundesheer?
- 5) Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um diese materiellen Nachteile zu beseitigen?